

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Redaktion: Oskar Strauß, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtsgerichtsdirektionen Dresden-Neustadt und Dresden-Altpfad

Abzugspreis einschließlich Fringerlohn monatlich 5000.— M., durch die Post bezogen monatlich 5000.— M., unter Kreuzband für Deutschland halbjährlich 1750.— M., Einzelnummer 200.— M., Sonnabendnummer 500.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Weitznerplatz 10. Tel. 25201. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Weitznerplatz 10. Tel. 25201. Beschäftigt von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die Originalzeile Komparativgröße 400.— M., auswärts 500.— M., die Originalzeile Komparativgröße 1500.— M., auswärts 1800.— M., Ausland 2400 n. 7600 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Kammerangelei, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proq. Rabatt. Für Briefbeleg 150 St.

Nr. 118

Dresden, Donnerstag den 24. Mai 1923

34. Jahrg.

Die Einigung der Internationale

Aus Hamburg wird uns geschrieben:

Der Verhandlungstag des Kongresses der sozialistischen Internationalen begann mit einer Vorlesung von Begründungsschriften aus zwei Ländern des Terrors, aus Rußland und Ungarn. Von beiden Ländern sind die sozialistischen Delegierten ferngehalten. Dann behandelte der im Exil lebende Führer der russischen Arbeiterpartei, Abramowitsch, im Rahmen des Kampfes gegen die internationale Reaktion das russische Problem. Ohne persönliche Angriffe und ohne ein Gefühl der Verbitterung sprach er rein sachlich über die ökonomischen und politischen Verhältnisse in Sowjetrußland. Auf die Beschlüsse der bolschewistischen Führer, zeigte er den wirtschaftlichen Rückgang Rußlands auf, das Ersinken des antikommunistischen Bauernkriegs, die Entwicklung einer neuen kapitalistischen Schicht, die Überlegenheit der Privatbetriebe über die von einer unfähigen Bürokratie geleiteten Staatsbetriebe, und über allem einseitigen die kommunistische Vorkriegspolitik. Mit Recht befürchtete Abramowitsch, daß der Weg Rußlands von einer kommunistischen Diktatur zu einem Bonapartismus führt, der die größte Gefahr für das europäische Proletariat darstellt.

Während über die politischen Verhandlungsgegenstände des Kongresses in den Kommissionen gemeinsame Rückschlüsse erarbeitet wurden, ergab sich in der Forderung der internationalen Festlegung des Achtstundentages sofort volle Einmütigkeit. Der kurze Vortrag des Engländers Thomas verlangte den Achtstundentag als Maximum. Er dürfe auch nicht durch Überstunden umgangen werden. In England gäbe es viele Menschen, die jetzt schon eine geringere Arbeitszeit hätten. Die beste Garantie für den Achtstundentag sei seine allgemeine Einführung, damit nicht mehr die Unternehmensebene eines Landes eine geringere Arbeitszeit gegen ein anderes Land ausbieten könne. — Ohne Widerspruch nahm der Kongress die Entschließung des Genossen Thomas an.

Der Nachmittag brachte den Bericht der Mandatsprüfungskommission, vorgelesen vom Genossen Eriksen. Berichten sind 426 Delegierte und 194 Gastdelegierte aus 30 Ländern. Minderheitler Schwereheiten herrschten der Mandatsprüfungskommission die sozialistischen Parteien des Ostens, die ebenso kommunistisch sind wie ihre Länder durch den Friedensvertrag. Mitglieder dieser östlichen Parteien wurden als Organisationsleiter, die sich größeren sozialistischen Parteien anschließen können, von der Teilnahme am Kongress abgelehnt. Dasselbe Schicksal ereilte die tschechoslowakische sozialistische Partei, die eine bürgerliche Grundierung gegen den Marxismus sei. Andre Gruppen wurden zur Entscheidung, ob sie in die neue Internationale aufgenommen werden können, an das künftige Exekutivkomitee verwiesen.

Eine rednerische Leistung hohen Grades war die Erläuterung des Satzungsentwurfs der neuen Internationale durch den Oesterreicher Friedrich Adler. Aus langen schwermütigen Arbeiten hervorgegangen ist die Verfassung der neuen Internationale, ein Grundstein an dem Gebäude, das sich über ihr erheben soll. Aus internationalen Denken werden allmählich die internationalen Aktionen erwachsen, die mit der Arbeiterklasse die Welt aus Hunger und Tod und Krieg erlösen werden. Die französische Delegation ließ durch Paul Faure erklären, daß sie den Augenblick der Einigung nicht durch eine Debatte verzögern und abschwächen lassen wolle. Der Kongress stimmte diesem Vorschlage einstimmig zu und nahm unter großen Jubel die Satzungen einstimmig an. Damit ist die Einigung der Sozialdemokratischen Internationale vollzogen. In den Beifallssturm rief Vandenbergh: „Viva l'Internationale!“. Der Kongress brach in begeisterte Hurufe aus und sang in allen Sprachen der Erde die Internationale. Unter harter Bedrohung wurde der Kongreßtag, der die seit diesen Jahren erstrebte internationale Einigung zur Tatsache machte, geschlossen.

Abends versammelte sich vor dem Behnbindehof Kommunisten Jugend. Zu Hunderten kam unter Rhythmus, wohlgeordnet in Reihen mit roten und republikanischen Bannern, herangezogen. Das Lied von der jungen Garde erklang. Am Schluß des Gewerkschaftstages fand dann eine erhebende Rede im Kreise der Hamburger Jugend statt.

Die Sitzung am Mittwoch

Abramowitsch (Rußland) beendet seine Vortragsrede gegen die bolschewistische Diktatur wie folgt: Die unbefähigte Staatsbürokratie, eine allmächtige Geheimpolizei und die rote Armee, die immer härter wird, sind die Säulen, auf die sich das jetzige Regime in Rußland stützt. Das Bauerntum wird bereits von der neuen kapitalistischen Klasse untergeordnet, das zeigt sich in der kolossalen Abnahme der kommunistischen Bauernmitgliedschaften. Gibt es einen Ausweg aus dieser Lage? Wir denken nicht an irgendeine Intervention von außen, die getrieben wird einmütig abgelehnt wurde. Ein Ausweg wäre nur möglich, wenn wir durch die innere Kraft der russischen Arbeiter und der revolutionären Bauern den Einfluß fassen und durchführen könnten.

auf das System der Diktatur zu verzichten und auch in Rußland zur Demokratie überzugehen.

Wir können die kapitalistische Entwicklung in Rußland nicht aufhalten, aber wir können an Stelle eines despotischen Kapitalismus, der in Rußland zu nichts anderem führen könnte als zum Bonapartismus, einen demokratischen Kapitalismus setzen, der zwar auch keine Verwirklichung der Ideale der Arbeiterklasse wäre, aber doch ein Leben, auf dem eine freie, entwicklungsfähige Arbeiterbewegung emporklimmen könnte, bis uns den wirtschaftlichen Aufstieg bringen würde und Rußland in eine Demokratie verwandelt hätte.

Robigliani (Italien): Die Kritik des Genossen Abramowitsch an dem Regierungssystem in Rußland ist gewiß begründet; aber wir dürfen uns hier nicht bloß auf den Standpunkt dieser Kritik stellen. Wir müssen damit nur den Kapitalisten Freude bereiten. Es ist nicht zu vergessen, daß das bolschewistische System ein Wunder in Rußland bedeutet und den Faschismus in Rußland gestützt hat. (Widerspruch der russischen Delegation.) Dem Faschismus müssen wir gegenüber treten mit der Forderung der Arbeiterklasse in allen Ländern, die Freiheit und Demokratie erlangen muß, um für sich den Kampf um Erringung der Macht aufzunehmen. Gegenwärtig ist das Proletariat allen Regierungen fern. Aber die Parteien in allen Ländern dürfen nicht zurückweichen vor der Eroberung der Macht in eigenen Lande. Wenn Rußland seinerzeit in Amsterdam mit seiner Forderung der Erringung der Macht durchgedrungen wäre, hätten sich die Verhältnisse vielleicht inzwischen anders entwickelt. Das Proletariat muß den Mut haben, die Forderung der Eroberung der Macht auf seine Fahne zu schreiben und vorwärts zu schreiten auf dem Wege zum Sozialismus. (Beifälliger Beifall.)

Die Debatte wird auf Donnerstag vertagt. Da Genosse Thomas (England), der Referent zum Tagesordnungspunkt:

Achtstundentag und Sozialreform

heute bereits abgelesen muß, erhält er zunächst das Wort zu seinem Referat. Die Forderung des Achtstundentages ist eine Selbstverständlichkeit für die Arbeiter aller Länder. Die Kapitalisten behaupten, diese Forderung sei ein Ergebnis des Krieges. Wir wissen, daß es eine alte Forderung der Arbeiterbewegung ist. Der Achtstundentag bedeutet für uns nicht, daß man auch zehn Stunden arbeiten kann und sich die Überstunden bezahlen läßt, während andererseits Millionen von Arbeitern arbeitslos herumlaufen. Die Gleichmäßigkeit der Arbeitszeit in allen Ländern, wie sie das Internationale Arbeitsamt propagiert, wäre das beste Mittel, um der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten ein Ende zu machen. In England gibt es Millionen Arbeiter, die eine längere Arbeitswoche als die Achtstündige haben. Der Achtstundentag bedeutet für uns das Maximum. Ich bitte Sie um einstimmige Annahme der Resolution. (Beifälliger Beifall.)

Ohne Debatte wird dann die Resolution angenommen. Sie lautet:

„Der Kongress erklärt seine vollständige Übereinstimmung mit der Tätigkeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf dem Gebiete der Sozialpolitik und spricht die Überzeugung aus, daß diese Tätigkeit der Wohlfahrt und dem Schicksal der Arbeiter aller Länder dient. Er fordert die vertretenen Parteien an, alle ihre Kraft auf politische und gewerkschaftliche Gebiete einzusetzen, um diese Bestrebungen, insbesondere den maximalen achtstündigen Arbeitstag, zu verwirklichen.“

Der Kongress verurteilt auf das Schärfste die Haltung jener Länder, die zwar Verpflichtungen übernommen, aber es unterlassen haben, sie im Wege der Gesetzgebung auszuführen, und fordert die vertretenen Parteien an, allen Nachdruck gegenüber ihren Regierungen auszuüben, um sie zur Ratifizierung aller Konventionen der internationalen Arbeiterkonferenzen zu zwingen. Diese Konventionen stellen nach der Ansicht des Kongresses die Mindestanforderungen der Arbeiter auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung dar.

Der Kongress fordert ferner die Arbeiter auf, den vielen unverfügbaren Aufträgen überlassen zu lassen, die durch die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes im Dienste verschiedener kapitalistischer Interessen unternommen werden, die sich der Besserung der sozialen Lage der Arbeiter widersprechen.“

Rechnungssitzung

Stanning (Dänemark) führt den Bericht. Es wird zunächst der Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen.

Eriksen (Deutschland) teilt mit, daß als ordentlich oder Gastdelegierte 426 und 194, also insgesamt 620 Delegierte aus 30 Ländern anwesend sind. Außerdem empfielt die Mandatsprüfungskommission, noch mit beratender Stimme Vertreter kleinerer sozialistischer Parteien aus verschiedenen Ländern zuzulassen und die endgültige Regelung des Verhältnisses dieser Parteien zur Internationale der neuen Exekutive zu überlassen. Die Zulassung von Vertretern der Zionisten — die auf ihrem Kongreß in Palästina gegen den Anschluß an die Amsterdamer Internationale gesprochen haben — sowie von Vertretern separatistischer sozialistischer Gruppen aus der Tschecho-Slowakei und Rußland hat die Kommission abgelehnt. — Der Kongress stimmt den Vorschlägen der Kommission zu.

Die endgültige Festlegung der Stimmengabe, die den einzelnen Ländern zukommt, wird auf Vorschlag des Organisationskomitees der zukünftigen Exekutive überlassen. Für diesen Kongress wird ohne Debatte eine Stimmenverteilung beschlossen, die eine Majorisierung durch die großen Parteien in England und Deutschland ausschließt. Nach dieser Rille hat Deutschland 30 Stimmen. — Faure (Frankreich) erklärt dabei, daß er den Auftrag von seiner Partei habe, eine stärkere Vertretung zu verlangen entsprechend der Bedeutung der französischen Partei in der Internationale. Er will sich aber für diesen Kongreß ebenfalls beschließen und die Entscheidung für die Zukunft der neuen Exekutive überlassen.

Die Organisation der Internationale

In Punkt 4 „Organisationsstatut“ referiert wiederum Adler, den: Das vorliegende Statut ist das Resultat einer langen vorberühenden Arbeit. Die oberste Instanz der neuen Organisation soll in Zukunft der Kongress sein. Während er nicht sagt, leiten die Arbeiten die Exekutive, das Bureau und endlich das Sekretariat der Internationale. Der nächste Kongreß soll mit Rücksicht auf die bewagte Zeit der Gegenwart höchstens in zwei Jahren stattfinden. Dann sollen in der Regel die Kongresse alle drei Jahre zusammenkommen, doch sollen zehn Parteien, die 1/4 der Kongreßstimmen repräsentieren, das Recht haben, die sofortige Einberufung des Kongresses zu fordern. In die Exekutive können nicht alle angebotenen Parteien zugelassen werden; sonst würde auch z. B. Danzig ein bis zwei Vertreter beanspruchen können. Doch sollen die ganz kleinen Parteien das Recht haben, sich zu koalieren, um so etwa alternierend eine Vertretung in der Exekutive zu erhalten. Zwei Delegierte erhalten die Par-

teien, die mehr als 2 bis 10 Stimmen, zwei Vertreter erhalten die Parteien mit bis 20 Stimmen und drei Delegierte die Parteien mit mehr als 30 Stimmen. Gegen die Entscheidungen der Exekutive soll die Berufung an den Kongreß möglich sein. Das Bureau soll neun Mitglieder zählen. Mit Sekretären usw. wird das Bureau aus etwa 15 Teilnehmern bestehen. Für die Vertretung werden zwei Typen von Parteien unterschieden: einmal die deutsche Partei, neben der es Gewerkschaften und Genossenschaften gibt, der zweite Typus ist etwa die englische Labour Party, die Gewerkschaften und Genossenschaften in sich enthält. Dieser Typus soll nur die Hälfte seiner Mitglieder für die Vertretung in der Exekutive stellen. Das Verhältnis zur internationalen Gewerkschaftsbewegung hat in den Ausführungen des Genossen Lubgeest schon treffenden Ausdruck gefunden, die Normen der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften sollen noch festgelegt werden. Die sozialistische Frauenkonferenz hat den Wunsch an und gerichtet, daß auch eine Frau in das internationale Bureau gewählt wird. Wir haben beschlossen, die neue Exekutive zu beauftragen, mit den Vertreterinnen der Frauenkonferenz zusammen die Normen zu finden, in denen die besonderen Fragen der Frauenbewegung in dem Bureau zur Geltung kommen können.

Die Konflikte zwischen den sozialdemokratischen Parteien in der Tschecho-Slowakei bildeten eine erste Gefahr für die Rekonstitutionierung der sozialistischen Arbeiterinternationale. Wir gingen davon aus, daß es keiner dieser Parteien unmöglich gemacht werden sollte, der Internationale beizutreten. Es wurde zunächst versucht, eine Einigungsformel für diese Parteien zu finden. Das ist trotz längerer Beratung nicht gelungen. Wir schlugen nun vor, daß der Kongreß die Exekutive mit der Einsetzung einer Kommission beauftragt, die die Konflikte zwischen den sozialdemokratischen Parteien in der Tschecho-Slowakei einer Prüfung unterziehen und der Exekutive über das Ergebnis unter entsprechender Antragstellung baldmöglichst Bericht erstatten soll.

Das Programm der Internationale

Einigungs des Statuts sind die grundsätzlichen Gedanken niedergelegt, auf die sich die neue Internationale einigen soll. Das konnte kein großes Programm sein, sonst wären wir noch auf lange Zeit zu keiner Einigung und keiner organisatorischen Arbeit gekommen. Wir wollten auch nicht nach bestmöglicher Muster 21 Punkte aufstellen, auf die man sich verpflichten muß, sondern wir sind der Meinung, daß auf dem Wege der demokratischen Zusammenarbeit in dieser Internationale sich nach und nach herauskristallisieren soll, was allen gemeinsam ist. Unsere Hauptaufgabe ist, ein gemeinsames internationales Denken in immer weiterem Maße heranzuführen. Die Aufstellung eines so kurzen Programms bedeutet natürlich, daß die Parteien, die sich beteiligen, noch starke Meinungsunterschiede untereinander besitzen. Aber wir können mit Freude feststellen, daß der Boden, auf dem wir uns bisher bereits geeinigt haben, über unsere Erwartungen hinausgeht und schon zeigt, von welchem Geiste die künftige Internationale erfüllt sein soll. Punkt 1 des Programms haben wir formuliert:

„In der sozialistischen Arbeiterinternationale vereinigen sich sozialistische Arbeiterparteien, die in der Erhebung der kapitalistischen Produktionsweise durch die sozialistische das Ziel und im Klassenkampf das Mittel der Emanzipation der Arbeiterklasse erkennen.“

Auf diese Formel wird sich das gesamte internationale Proletariat mit gutem Gewissen einigen können. Als zweiter Punkt ist festgelegt, daß die Arbeiterinternationale die größte Vereinigung der sozialistischen Arbeiterbewegung entsprechend den Grundsätzen ihres Statuts erstrebt. Entscheidend ist dann der dritte Punkt:

„Die sozialistische Arbeiterinternationale ist nur insoweit lebensfähig, als ihre Bestrebungen in allen internationalen Fragen für alle ihre Teile bindend sind. Ein jeder Beschluß der internationalen Organisation bedeutet daher eine selbstgewollte Einschränkung der Autonomie der Parteien der einzelnen Länder.“

Indem wir das als Resultat anerkannt haben, haben wir gezeigt, daß der Geist, der in den einzelnen Parteien bei Aktionen bindend ist, auch in der Zweiten Internationale anerkannt werden muß, wenn internationale Aktionen zur Wirklichkeit werden sollen.

Wohlgemerkt ist der Punkt 4, wonach die Sozialistische Arbeiter-Internationale nicht nur ein Instrument für die Aufgaben im Frieden, sondern ebenso ein unantastbares Instrument während jedes Krieges sein soll. Das sind die wichtigsten Grundzüge unserer Zusammenarbeit. Wir wissen, daß noch sehr wichtige Probleme, wie das Problem der Landesverteidigung und der Koalitionsregierung, zu lösen bleiben. Wir haben festgelegt, daß ein Mitglied der Exekutive, das Minister wird, dadurch automatisch aus der Exekutive ausscheidet. Das bedeutet keine Präjudiz für die Frage der Koalitionsregierung, sondern nur eine praktische Maßnahme, um die Exekutive von dem Problem des Militarismus zu befreien.

Die Kommunisten haben uns in den verschiedensten Progen, zuletzt durch eine Art Ultimatum, zu Verhandlungen über einen Zusammenschluß aufgefordert. Wie worden dazu nicht in der Lage. Es muß Klarheit geschaffen werden, welche Form von Einheitsfront überhaupt in Betracht kommen kann. Wir halten die demokratische Gleichberechtigung der Arbeiter für die einzige Basis für solche Verhandlungen. Ueber die Aktionen des Proletariats kann nur die Weisheit des Proletariats bindend und endgültig entscheiden. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb sind Verhandlungen mit jenen, die es zum Dogma erhoben haben, daß eine Einheitsfront entscheiden soll über das, was die Arbeiterkraft zu tun habe, wenig aussichtsreich, und wir werden und durch alles Neben von der „Einheitsfront“ niemals beirren lassen, bevor nicht festgestellt ist, daß diejenigen, die mit uns eine Einheitsfront zu bilden gewillt sind, das Selbstbestimmungsrecht des Proletariats anerkennen und nicht wünschen, daß innerhalb der Arbeiterkraft die Diktatur einer kleinen Clique über die große Masse besteht. (Stürmischer Beifall.)

Rum Schluß habe ich noch mitzuteilen, daß unser aller berufener Genosse von Rol und nahegelegt hat, unsere Organisation auch